

## Fragestunde

**952. Abgeordnete Sylvia Lehmann (SPD-Fraktion)**  
Bundesteilhabegesetz

Das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) ist im Dezember 2016 im Bundestag verabschiedet worden. Damit das Bundesteilhabegesetz in Reformstufen ab 2017 in Kraft treten kann, sind die Bundesländer angehalten, entsprechende Ausführungsgesetze zu erlassen. Vermehrt sind nun Mitte des Jahres 2017 örtliche Sozialhilfeträger und Wohlfahrtsverbände an die Landtagsabgeordneten herangetreten und haben den aktuellen Stand der Erarbeitung eines Ausführungsgesetzes für Brandenburg nachgefragt. In einigen Bundesländern sind die Erarbeitungsprozesse für die Landesausführungsgesetze bereits abgeschlossen.

Ich frage die Landesregierung: Wann wird in Brandenburg das Landesausführungsgesetz erlassen werden?

**953. Abgeordneter Raik Nowka (CDU-Fraktion)**  
Beräumung der Vorsperre der Talsperre Spremberg von Eisenhydroxidschlamm

Die Vorsperre Bühlow der Talsperre Spremberg ist zum Schutz der Talsperre sowie auf Grund verschiedener Konditionierungsmaßnahmen gegen die Verockerung der Spree ein Absatzbecken für Eisenhydroxidschlamm. Zuständig für die Beräumung der Vorsperre ist das Land Brandenburg. Eine Lotung des Vorstaubeckens im März 2017 hat einen Füllstand von rund 120 000 Kubikmetern Sedimentfracht im insgesamt 300 000 Kubikmeter umfassenden Vorstaubecken ergeben. Nach Einschätzung von Fachleuten verliert die Vorsperre ihre Schutzfunktion gegenüber der Talsperre und somit gegenüber der Spree, wenn mehr als 50 Prozent des Beckenvolumens mit Sedimenten und Eisenhydroxidschlamm ausgefüllt sind. Derzeit laufen zwar öffentliche Ausschreibungen zur Beräumung der Vorsperre sowie ihrem Zulaufbereich. Wann die Beräumung tatsächlich ausgeführt wird und wie viele Kubikmeter Sedimentfracht entnommen werden, ist jedoch unklar. Klar ist jedoch, dass sich auch der Freistaat Sachsen an den Beräumungskosten beteiligen wird, da der Eisenhydroxidschlamm überwiegend aus Sachsen und damit aus dem Südraum der Spree antransportiert wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Kubikmeter Eisenhydroxidschlamm werden durch eine Beräumung der Vorsperre Bühlow wann entnommen, um die Schutzfunktion des Vorstaubeckens weiterhin zu gewährleisten und um die Talsperre Spremberg sowie die Spree vor Sedimenteintrag durch Eisenhydroxid zu sichern?

**954. Abgeordnete Bettina Fortunato (Fraktion DIE LINKE)**  
Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete

Seit einem Jahr gibt es die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete. Wir haben die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte von Anfang an unterstützt, weil Geflüchtete so einen direkten Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten und die teilweise entwürdigende Beantragung eines Behandlungsscheins beim örtlichen Sozialamt wegfällt. Nach und nach sind immer mehr Landkreise und kreisfreie Städte der Rahmenvereinbarung beigetreten und nutzen die Vorteile der Gesundheitskarte. Die Verwaltungen werden von erheblichem Aufwand entlastet.

Medienberichten zu Folge verbleibenden fünf Landkreise, die der Vereinbarung noch nicht beigetreten sind, darunter der Landkreis Märkisch-Oderland. Hier entscheiden nach wie vor Mitarbeiter des Sozialamtes, ob eine behandlungswürdige Erkrankung eines Geflüchteten vorliegt oder nicht.

Am 15. Juni 2017 gab es einen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte, Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Ergebnissen hat der Erfahrungsaustausch geführt?

**955. Abgeordneter Dr. Alexander Gauland (AfD-Fraktion)**  
Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), hat die Existenz einer spezifisch deutschen Kultur bestritten.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Aussage der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung hinsichtlich einer Nichtexistenz der deutschen Kultur?

**956. Abgeordneter Michael Jungclaus (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Bierbotschafter für Brandenburg

Aus den Drogen- und Suchtberichten der vergangenen Jahre wird deutlich, dass die Zahl der Menschen, die an den Folgen von Alkoholkonsum erkranken, zunimmt. Im Bericht von 2016 heißt es: „Seit dem Jahr 2000 hat die Zahl der Personen, die aufgrund von alkoholbedingten Erkrankungen stationär behandelt wurden, um 21,5 Prozent zugenommen.“ In Deutschland sterben nach Schätzungen jährlich zwischen 42 000 und 74 000 Menschen an den Folgen von Alkohol. Die Suchtprävention, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, ist angesichts dieser Zahlen von zentraler Bedeutung.

Am 22. Mai 2017 wurde der ehemalige Boxer Axel Schulz vom Verein zur Förderung Brandenburger Klein- und Gasthausbrauereien zum Bierbotschafter für Brandenburg ernannt. Zu den Aufgaben des Bierbotschafters gehört es, die märkischen Biere zu bewerben, zum Beispiel auf der Grünen Woche in Berlin oder beim Brandenburger Bierfest die Bierkönigin küren. Laut Axel Schulz qualifiziert ihn sein Hobby „Biertrinken“ dazu, für die kleinen Brandenburger Brauereien zu werben. Minister Jörg Vogelsänger sieht in ihm „einen hervorragenden Werbeträger“. Auf einem Foto, erschienen im Blickpunkt am 22. Mai

2017 (online), wirbt Minister Vogelsänger mit einem Kind, das den Gürtel des Bierbotschafters trägt und vor dem Schild „Brandenburger Bierstraße“ für Brandenburger Brauereien posiert.

Ich frage die Landesregierung: Ist es nach ihrer Ansicht, angesichts der steigenden alkoholbedingten Erkrankungen und der hohen Anzahl an Alkoholtoten, sinnvoll und angemessen, mit einem Bierbotschafter, der Biertrinken als sein Hobby angibt, für Brandenburger Biere zu werben und auch Kinder für Bierwerbung einzusetzen?

**957. Abgeordneter Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)**  
Turbulenzen bei Air Berlin - Turbulenzen am BER „?“ (Fragezeichen in Anführungszeichen)

Einer der größten Proponenten des BER war die Fluggesellschaft Air Berlin, die den Flughafen als Hub- und Heimatflughafen nutzen wollte bzw. will. In der öffentlichen Diskussion wird immer wieder eine mögliche Insolvenz kolportiert.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern ist sie über mögliche Risiken bei Air Berlin im Bilde in Ansehung der sich hieraus ergebenden Konsequenzen für den Betrieb bzw. die Auslastung des fertigzustellenden Flughafens BER?

**958. Abgeordneter Christoph Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)**  
Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage von Air Berlin auf den zukünftigen Flughafen BER

Im Rahmen der BER-Planungen war die seinerzeit zweitgrößte deutsche Fluglinie Air Berlin als sogenannter Homecarrier „vorgesehen“ und spielte bei allen Planungen, Erwägungen und Begründungen eine bedeutsame Rolle.

Seit Jahren ist die prekäre wirtschaftliche Lage von Air Berlin bekannt. Die Fluglinie kann sich nur durch enorme Finanzspritzen des Großaktionärs Etihad über Wasser halten. Zuletzt wurde in den Medien berichtet, dass auch die Bestrebungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Unternehmens durch Kooperation oder Fusion mit anderen Unternehmen gescheitert sind.

Ich frage die Landesregierung: Welche Bedeutung und Auswirkungen hat die wirtschaftliche Lage von Air Berlin auf den künftigen Flughafen BER bzw. die FBB GmbH, ihre finanzielle Lage und die zukünftige Auslastung des Flughafens BER?

**959. Abgeordnete Inka Gossmann-Reetz (SPD-Fraktion)**  
Radweg entlang der Landesstraße 20

Die Bedarfsliste für Außerortsradwege im Land Brandenburg sieht unter anderem den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Landesstraße 20 zwischen Pinnow und Velten vor. Dabei war der Bau des Abschnitts zwischen Velten und der Bundesautobahn A 10 (Pinnow) ursprünglich bereits für den Bauzeitraum 2007 - 2011 vorgesehen. Der Ab-

schnitt von der A 10 bis nach Pinnow sollte im Anschluss hieran ab 2011 gebaut werden. Der Bedarfsliste ist zu entnehmen, dass sich beide Bauabschnitte weiterhin „in Planung“ befinden. Zudem ist dort für beide Abschnitte ein Vermerk „Finanzierung nicht gesichert“ zu lesen. Für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hohen Neuendorf ist der Bau des Radweges entlang der Landesstraße 20 insbesondere deshalb von großer Bedeutung, da nur hierüber das Naherholungsgebiet rund um den Bernsteinsee zu erreichen ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Planungsstand des Radweges entlang der Landesstraße 20 zwischen Pinnow und Velten?

**960. Abgeordnete Roswitha Schier (CDU-Fraktion)**  
Modellprojekt - Effektiver Personaleinsatz bei Einrichtungen der Pflege

Im Rahmen der Antwort (Drucksache 6/6633) auf die Kleine Anfrage zum Thema „Pflege-notstand in Potsdam“ antwortet die Landesregierung auf die Frage nach Plänen zur Stärkung des Pflegeberufs im Land Brandenburg unter anderem:

„Die Zufriedenheit mit der Tätigkeit ist ein, wenn nicht der entscheidende Faktor bei der Wahl des Arbeitsortes. Das beginnt mit einer guten Organisation der Arbeitsprozesse. Hier setzt ein Modellprojekt aus der Pflegeoffensive an: Es soll Pflegeeinrichtungen dabei unterstützen, die Möglichkeiten eines effektiven Personaleinsatzes zuerkennen und zu erproben und handhabbare Empfehlungen für alle Brandenburger Einrichtungen geben.“

Ich frage die Landesregierung: Wer ist an diesem Modellprojekt beteiligt?

**961. Abgeordnete Anita Tack (Fraktion DIE LINKE)**  
Luftreinhalteplan für die Zeppelinstraße in Potsdam

Zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes für die Anwohnerinnen und Anwohner der Potsdamer Zeppelinstraße und zur Einhaltung der von der EU vorgegebenen Schadstoffgrenzwerte muss das Verkehrskonzept in Abstimmung mit dem Luftreinhalteplan Potsdam endlich umgesetzt werden. Dazu wurde jetzt eine mehrmonatige Testphase gestartet. Die Maßnahmen sollen die Angebote im ÖPNV mit Bussen und Bahnen verdichten, die Bedingungen für den Umweltverbund von ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr verbessern und die Baumaßnahmen zur zukünftigen Nutzung des Bahnhofs Pirschheide voranbringen. Hauptkritikpunkt in der Öffentlichkeit ist die Einengung der Fahrspuren stadteinwärts. Der Landrat von Potsdam-Mittelmark kritisiert dieses Vorhaben und bemängelt unzureichende Information und Abstimmung mit dem Landkreis.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten wird sie ergreifen, um den mit Unterstützung der Landesregierung erstellten Luftreinhalteplan und die nötigen verkehrlichen Maßnahmen in Abstimmung zwischen Landeshauptstadt und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zur Umsetzung zu bringen?

**962. Abgeordneter Steffen Königer (AfD-Fraktion)****Verbesserte Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal?**

In dem Bericht der Demografie-Kommission Brandenburg wurde vorgeschlagen, in Verhandlung über die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und des zusätzlichen pädagogischen Personals in den Schulen im weiteren Entwicklungsraum einzutreten und diese gemeinsam auszugestalten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Bemühungen hat sie bisher unternommen, um diese Empfehlung umzusetzen?

**963. Abgeordnete Tina Fischer (SPD-Fraktion)****Sachstand zum Thema Verbraucherzentralen im ländlichen Raum**

Die Verbraucherzentrale Brandenburg ist derzeit mit 18 Beratungsstellen vertreten. Angesichts der Größe des Landes stellt dies für viele Bürgerinnen und Bürger eine Schwierigkeit dar, denn das Beratungsangebot ist zu weit oder zu umständlich zu erreichen. Versorgungslücken in dieser Art sollten unbedingt vermieden werden. Verbraucherschutz muss ein Angebot für jeden bleiben - auch im Hinblick auf die demografischen Entwicklungen des Landes.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Ideen werden derzeit debattiert, um Verbraucherinnen und Verbrauchern weiterhin zu ermöglichen, sich über komplexe Themen und Sachverhalte beraten und informieren zu können und somit den Verbraucherschutz in Brandenburg zu stärken und auszubauen?

**964. Abgeordnete Barbara Richstein (CDU-Fraktion)****Einsetzung eines Partnerschaftsbeauftragten für den Ostseeraum**

In ihrem Konzept zur Weiterentwicklung der Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg hielt die Landesregierung richtigerweise einen Beauftragten für den Ostseeraum für nötig, auch weil der Ostseeraum als wichtiger Kooperationsraum Eingang in die Internationalisierungsstrategie Brandenburgs fand. Der Haushaltsgesetzgeber schaffte im Haushaltsplan 2017/2018 die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für einen Partnerschaftsbeauftragten im Ostseeraum. In dem für Europapolitik zuständigen Fachausschuss berichtete Minister Ludwig im Februar 2017, dass die Ausschreibungen vorbereitet und die finanziellen Rahmenbedingungen mit dem Ministerium der Finanzen geklärt werden. Neuere Informationen liegen bislang nicht vor.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens zur Umsetzung und Einrichtung eines Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg im Ostseeraum?

**965. Abgeordneter Udo Folgart (SPD-Fraktion)**  
Erntesaison 2017 - Nutzungsverbot sogenannter Krafftfahrstraßen

Die Erntesaison 2017 steht vor der Tür. In den letzten Jahren erwies sich das Nutzungsverbot sogenannter Krafftfahrstraßen (Bundesstraßen mit mindestens 60 km/h) für den landwirtschaftlichen Verkehr als großer Engpass in der sehr umfangreichen Erntelogistik. Das Problem trat bei Bundesstraßen in der Nähe der Berliner Stadtgrenze, aber auch bei Umgehungsstraßen einiger Städte auf. Gleichzeitig führte der umfangreiche Ernteverkehr in bewohnten Gebieten immer wieder zu Spannungen.

Ich frage die Landesregierung: Konnte inzwischen eine Regelung gefunden werden, welche die Situation für die Anwohner der betroffenen Ortschaften und für die landwirtschaftlichen Betriebe verträglicher macht?

**966. Abgeordneter Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)**  
Sanierung des Rudower Sees in der Prignitz zur Nutzung als Badegewässer

Der Rudower See in der Stadt Lenzen weist seit Jahren eine mangelhafte Gewässerqualität auf. Auf Grund des Nährstoffeintrages, insbesondere aus dem Rambower Moor, kommt es immer wieder zu einem vermehrten Algenwachstum, auch von Blaualgen, mehrwöchigen Badeverboten und Fischsterben. Auf lokaler und regionaler Ebene wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die alle eine Verbesserung der Gewässerqualität zum Ziel haben. Auch die Verwaltung des Biosphärenreservats der Flusslandschaft Elbe Brandenburg ist einbezogen, um ein tragfähiges Konzept zur nachhaltigen Nährstoffreduzierung zu entwickeln. Zudem hat der Umweltminister in der Fragestunde am 19.01.2017 verschiedene Aktivitäten zur Verbesserung der Gewässergüte angekündigt, wie zum Beispiel vertiefende Untersuchungen durch das LfU zu den hydrologischen Verhältnissen des Rambower Moores und damit verbundene Nährstoffeinträge oder die Durchführung gewässerökologischer Untersuchungen im See selbst.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der konkrete Stand der Umsetzung der vom Umweltminister im Januar 2017 angekündigten Maßnahmen, um den Rudower See in seiner Gewässerqualität nachhaltig zu verbessern?

**967. Abgeordneter Marco Büchel (Fraktion DIE LINKE)**  
Umgang der BVVG mit verpachteten Preußenflächen

Viele Pachtverträge durch die BVVG verpachteter Preußenflächen laufen zum 30.09.2017 aus. Derzeit laufen durch die BVVG mit den jeweiligen jetzigen Pächtern Verhandlungen zu Verlängerungen der Pachtverträge. Damit verbunden ist eine weitere Pachterhöhung. Die mögliche Pachterhöhung führt derzeit zu großer Verunsicherung bei den betroffenen Landwirten. Eine Weiterpachtung könnte unter den möglichen neuen Pachtbedingungen für brandenburgische Bauern schwer werden.

Das Ministerium der Finanzen ist für die Erfüllung der Preußeneinigung zuständig. Die BVVG verwaltet und verwertet für das Land das ehemals preußisch landwirtschaftliche Vermögen auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

Ich frage die Landesregierung: Was beabsichtigt sie, um die aktuell auslaufenden Pachtverträge für die jetzigen Pächter, insbesondere regionale Bauern, mit einer angemessenen Pachtzinsfestsetzung zu verlängern?

**968. Abgeordnete Christina Schade (AfD-Fraktion)**  
Bürokratieabbau

Im Konzept der Landesregierung „Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie für das Land Brandenburg“ wird zum Thema Bürokratieabbau erwähnt, dass im Bereich der Existenzgründungen die meisten relevanten Vorschriften bundesrechtliche Regelungen sind. Es bestünden allenfalls über den Bundesrat Handlungsmöglichkeiten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen bzw. Bundesratsinitiative hat sie zum Bürokratieabbau seit Anfang der Legislaturperiode umgesetzt?

**969. Abgeordnete Sylvia Lehmann (SPD-Fraktion)**  
Bundesverkehrswegeplan 2030

Dem Land Brandenburg wird im Zusammenhang mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgeworfen, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger Projekte mit hoher Priorität ausgewählt worden seien, weil das Land bei der Schaffung von Planungsrecht seine Hausaufgaben nicht gemacht habe.

Ich frage die Landesregierung: Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl und Priorisierung der von den Bundesländern angemeldeten Projekte im Bundesverkehrswegeplan 2030?

**970. Abgeordnete Kathrin Dannenberg (Fraktion DIE LINKE)**  
Gewalt gegen Lehrkräfte

Immer wieder kommt es bedauerlicherweise zu Gewalt gegen Lehrkräfte. Erst Ende 2016 hat der Verband Bildung und Erziehung eine Umfrage vorgestellt, nach der jede zweite Lehrkraft an der Schule Erfahrung mit Gewalt gesammelt hat. Auch in Brandenburg gibt es pro Jahr etwa 100 Fälle, die von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft erfasst werden. Das Bildungsministerium hat sich intensiv mit diesem Problem befasst und hat sich dazu zuletzt Mitte Juni 2017 mit Lehrerverbänden und Schulämtern getroffen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um Gewalt gegen Lehrkräfte einzudämmen bzw. noch besser mit Fällen von Gewalt umzugehen?

**971. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Planfeststellungsbeschluss „Cottbuser Ostsee“ noch 2017 möglich?

Im November 2016 erklärte das Brandenburger Landesamt für Umwelt im Rahmen einer Anhörung, dass es keine Möglichkeit sähe, dem Vorhaben „Gewässerausbau Cottbuser Ostsee“ eine wasserrechtliche Genehmigung zu erteilen. Als Grund gab die Landeshörde die möglicherweise zu erwartenden erhöhten Sulfatwerte an. Auf Grundlage der damaligen Unterlagen konnte demnach eine Verschlechterung der Gewässer, die in Verbindung mit dem Cottbuser Ostsee stehen, nicht ausgeschlossen werden. Danach seien laut Presseberichten überarbeitete Antragsunterlagen vorgelegt worden, die nun noch geprüft werden (vgl. Potsdamer Neueste Nachrichten 03.06.2017 „Baden statt Baggern“). Eine Genehmigung für das Vorhaben durch die Landesregierung steht immer noch aus. Ein Planfeststellungsbeschluss für das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren „Cottbuser Ostsee“ wurde ursprünglich für die Jahre 2016/2017 erwartet (vgl. [https://www.cottbus.de/verwaltung/gb\\_iv/stadtentwicklung/ostsee/wasserrechtliches\\_planfeststellungsverfahren\\_cottbuser\\_ostsee.html](https://www.cottbus.de/verwaltung/gb_iv/stadtentwicklung/ostsee/wasserrechtliches_planfeststellungsverfahren_cottbuser_ostsee.html))

Ich frage die Landesregierung: Wurden inzwischen durch den Bergbaubetreiber überarbeitete Antragsunterlagen vorgelegt, sodass sich durch eine Neuauslegung und erneute Öffentlichkeitbeteiligung ein Planfeststellungsbeschluss noch im Jahr 2017 realisieren ließe?

**972. Abgeordneter Thomas Domres (Fraktion DIE LINKE)**  
Ackerseitige Pflege von Straßenbäumen

Bei der Pflege von Straßenbäumen an Bundes- und Landesstraßen durch den Landesbetrieb erfolgt eine Pflege und Ausastung vielfach nur auf der straßenzugewandten Seite der Bäume. Zur Nutzung benachbarter Ackerflächen kann es jedoch notwendig sein, auch ackerseitig Pflegemaßnahmen vorzunehmen. Dies ist jedoch für die Landwirte kaum leistbar, zumal die Bäume nicht ihr Eigentum sind.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, bei Bedarf in Abstimmung mit der Landwirtschaft auch ackerseitige Pflegemaßnahmen im Rahmen der ohnehin stattfindenden Baumpflege durch den Landesbetrieb Straßenwesen vorzunehmen?

**973. Abgeordneter Andreas Galau (AfD-Fraktion)**  
Mitglieder der Kampagne „Kleiner 5“ des „Tadel verpflichtet! e. V.“

Anfang 2017 starteten einige Mitglieder des „Tadel verpflichtet! e. V.“ die Kampagne „Kleiner 5“. Nach eigenen Aussagen ist die Kampagne innerhalb kürzester Zeit auf ein Team von mehr als 100 Mitgliedern gewachsen. Die Kampagne möchte einen Angriff auf die Demokratie durch den Einzug rechtspopulistischer Parteien in den Bundestag verhindern und ruft zu Aktionen im gesamten Bundesgebiet auf.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse hat sie darüber, ob und wie viele namentlich bekannte Linksextreme aus Brandenburg für diese Kampagne aktiv sind?

**974. Abgeordneter Dr. Andreas Bernig (Fraktion DIE LINKE)**  
Förderung von sozialpädagogischer Begleitung und fachlicher Anleitung in Sozialbetrieben

Im Dezember vergangenen Jahres ist die Richtlinie zur Förderung von sozialpädagogischer Begleitung und fachlicher Anleitung in Sozialbetrieben im Land Brandenburg in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 in Kraft getreten. 1 Million Euro stehen dafür jährlich zur Verfügung. Seit März besteht die Möglichkeit, bei der ILB Förderanträge zu stellen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Anträge wurden bisher gestellt?

**975. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
VBB-Prognose: Fahrgastzahlen Berlin-Cottbus sollen bis zu 95 Prozent ansteigen

Eine wesentliche Voraussetzung zum Gelingen des Strukturwandels in der Lausitz für eine Zeit nach der Kohle ist der Ausbau der Schieneninfrastruktur. Eine aktuelle Prognose des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) geht von einem Rekordanstieg für eine der Hauptadern von und in die Lausitz aus. Die Fahrgastzahlen sollen dem VBB zufolge bis zu 95 Prozent bis 2030 für das Teilstück der Strecke von Berlin in Richtung Cottbus ansteigen (vgl. Berliner Zeitung 10.06.2017 „In Regionalzügen wird es immer enger“).

Ich frage die Landesregierung: Zieht sie angesichts der aktuellen Prognosen des VBB zukünftig für den RE2 eine Taktverdichtung in Betracht?

**976. Abgeordneter Dr. Andreas Bernig (Fraktion DIE LINKE)**  
Hartz-IV-Leistung bei Vollbeschäftigung

Erstmals lag im Mai 2017 die Arbeitslosenquote in Brandenburg unter 7 Prozent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse sind in den vergangenen Monaten kontinuierlich gestiegen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Vollbeschäftigte im Land Brandenburg beziehen neben ihrem Lohn noch Hartz-IV-Leistungen?

**977. Abgeordneter Sven Schröder (AfD-Fraktion)**  
Naturtourismus in Brandenburg

Die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH hat in ihren Marktforschungsnews Brandenburg Ausgabe 06 / Mai 2017 auf die gute Wettbewerbsposition des Landes bei Reisen und Übernachtungen aus dem Inland im Jahr 2016 hingewiesen. Insgesamt wurden 6,7 Millionen Reisen nach Brandenburg durch inländische Übernachtungsgäste und rund 24,7 Übernachtungen insgesamt ermittelt.

Bei mehr als zwei Drittel der rund 1,6 Millionen Urlaubsreisen, die aus dem Inland nach Brandenburg führten, wurde dem „Aufenthalt in der Natur“ nachgegangen. Damit ist der Aufenthalt in der Natur mit 69 Prozent die bei weitem beliebteste Aktivität der Urlauber in Brandenburg. Die Untersuchungen belegen ganz aktuell, dass die Natur-Urlaubsreisen eine sehr wichtige Grundlage für den ländlichen Tourismus in Brandenburg sind.

Die Brandenburger im ländlichen Raum haben mit viel Mut zum Risiko, noch mehr Engagement und Fördermitteln in 25 Jahren viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen. Noch mehr Gelder wurden in die Großschutzgebiete, das sogenannte Tafelsilber Brandenburgs, investiert. Auch in den Großschutzgebieten entwickelt sich der Naturtourismus zunehmend positiv.

Der Naturtourismus wird in Brandenburg durch das Handeln der Landesregierung in Gefahr gebracht. Untersuchungen zum ländlichen Tourismus in Deutschland bewiesen, dass ein Drittel der Inlandsurlauber in den Gebieten mit Windkraftanlagen keinen Urlaub mehr verbringen möchten.

In Brandenburg stehen jetzt schon ca. 3 500 Windkraftanlagen, teilweise in riesigen Windkraftwerken zusammengefasst. Diese Windkraftanlagen schaffen nach Untersuchungen des Städte- und Gemeindebundes kaum Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land. So hat der Städte- und Gemeindebund ermittelt, dass mit Windkraftanlagen etwa 1 700 Millionen Euro Umsatz im Lande auf Kosten der Natur und der Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum erzielt werden. Diese Umsätze haben aber nur ca. 3,7 Millionen Euro zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen für die Kommunen zur Folge.

Ich frage die Landesregierung: Wie will sie dem drohenden Verlust von Einkommen und Arbeitsplätzen im ländlichen Tourismus und dabei insbesondere beim Alleinstellungsmerkmal Naturtourismus infolge der bereits vorhandenen sowie noch geplanten Windkraftwerke entgegensteuern?

**978. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Kompensation Flughafen BER: Abgestorbene Bäume

Als Kompensationsmaßnahme für die Errichtung des Flughafens BER sollen unter anderem bei Boddinsfelde (Gemeindeteil von Brusendorf, Ortsteil der Stadt Mittenwalde, Landkreis Dahme-Spreewald) 50 Apfelbäume gepflanzt worden sein. Medienberichten zufolge sind fast alle Bäume eingegangen. Es soll sich niemand nach der Pflanzung um die etwa zwei Meter großen Gewächse gekümmert haben. Die Bürgermeisterin von Mittenwalde erklärte, dass die Stadt nur für kommunale Bäume zuständig sei. Laut Information der MAZ soll an dem Ort bereits eine Ersatzpflanzung vorgenommen worden sein, da eine erste Riege bereits eingegangen sei. (vgl. MAZ 16. Juni 2017: „Kompensationsmaßnahmen BER: Angepflanzt und vergessen“ <http://www.maz-online.de/Lokales/Dahme-Spreewald/Angepflanzt-und-vergessen>)

Ich frage die Landesregierung: Wer trägt die Verantwortung für die Nachsorge der als Kompensation für den BER gepflanzten Bäume?

**979. Abgeordneter Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion)**  
Erreichbarkeitsmonitoring des Landesamtes für Bauen und Verkehr für den üÖPNV

Das Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) hat in seinem aktuellen Erreichbarkeitsmonitoring darauf hingewiesen, dass 95,7 Prozent der Bevölkerung in den Mittelbereichen mit dem Pkw einen zentralen Ort in maximal 30 Minuten erreichen.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es Überlegungen, ein Erreichbarkeitsmonitoring analog zum Pkw mit dem üÖPNV durchzuführen?

**980. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Werden die Spreewälder Haltepunkte zum Fahrplanwechsel 2017/2018 wieder angefahren?

Um die Pünktlichkeit des RE2 zu verbessern, werden seit Beginn 2016 die Haltepunkte Raddusch, Kunersdorf und Kolkwitz tagsüber nicht mehr bedient.

Ich frage die Landesregierung: Inwieweit plant sie, die Haltepunkte Raddusch, Kunersdorf und Kolkwitz zum Fahrplanwechsel 2017/2018 anzufahren?

**981. Abgeordnete Marie Luise von Halem (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Schulplatzmangel in Oranienburg

Im Oranienburger Generalanzeiger vom 8. Juni 2017 wird der Fall beschrieben, dass 28 Schülerinnen und Schüler der neuen 7. Klasse aus Oranienburg und Umgebung nicht in Oranienburg unterrichtet werden können, sondern auf entferntere Schulstandorte wie Zehdenick, Kremmen, Gransee oder Löwenberg ausweichen müssen. Dadurch würden in extremen Fällen Fahrzeiten von drei Stunden täglich entstehen. Begründet wird dies mit Bautätigkeiten an einer Gesamtschule in Oranienburg, weswegen dort ein Klassenzug weniger eingerichtet werden könne. Es wird auch keine komplette Klasse an einen anderen Schulstandort verlagert, sondern einzelne Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen und Klassen.

Ich frage die Landesregierung: Was waren die Gründe für das staatliche Schulamt, den einen Klassenzug nicht an der Torhorst-Gesamtschule in Oranienburg zu genehmigen, obwohl dort offensichtlich noch Raumlösungen (Container etc.) möglich sind?

**982. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Wasserverlust am Pastlingsee: Untersuchungsergebnisse werden der Öffentlichkeit vorenthalten

Von mehreren betroffenen Gewässern in der Umgebung des Tagebaus Jänschwalde (Landkreis Spree-Neiße) verzeichnete der Pastlingsee im Jahr 2015 den massivsten Wasserrückgang, was ein dramatisches Fischsterben zur Folge hatte. Der damalige Bergbau-

betreiber Vattenfall wies seinerzeit einen Zusammenhang vom großflächigen Abpumpen des Grundwassers mit dem Wasserverlust in den Seen zurück. Warum der Pastlingsee in den vergangenen Jahren so viel Wasser verlor und schrumpfte, ist immer noch strittig. Eine Untersuchung durch Verdunstungsmessung durch den neuen Bergbaubetreiber sollte Aufklärung schaffen. Deren Ergebnisse werden jedoch immer noch der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Daten könnten eine Verantwortung des Bergbaubetreibers belegen.

Minister Jörg Vogelsänger kündigte in der Antwort auf eine Mündliche Anfrage (813) in der 42. Sitzung des Landtages am 2. März 2017 an, dass in der für März vorgesehenen Sitzung der Arbeitsgruppe zum Pastlingsee die Ergebnisse des Gutachtens vorgestellt würden. Die Landesregierung selbst könne den Bericht nicht veröffentlichen, da Ergebnisse der Verdunstungsmessung sich im Eigentum der des Bergbaubetreibers LEAG befänden, erklärte Minister Vogelsänger. Im Anschluss an die genannte Sitzung werde die Öffentlichkeit gleichwohl „in geeigneter Weise“ über das Ergebnis der Arbeitsgruppensitzung informiert. Das ist bisher jedoch nicht geschehen.

Ich frage die Landesregierung: Was hat sie unternommen, um die Ergebnisse der Verdunstungsmessung am Pastlingsee der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

**983. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Teilstilllegung Wiesenhof-Schlachthof

Im August 2016 wurde für die zum Wiesenhof-Konzern gehörende Geflügelschlacht- und Verarbeitungsanlage Märkische Geflügelhof-Spezialitäten GmbH in Königs Wusterhausen eine Kapazitätserweiterung von 120 000 Tieren am Tag auf durchschnittlich 160 000, zu Spitzenzeiten auf 240 000 Tiere täglich beantragt. Das Vorhaben ist nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungspflichtig.

Auf unsere Mündliche Anfrage vom 06.04.2017 und auf unsere Kleine Anfrage vom 25.04.2017 erhielten wir die Antwort, die beantragte Kapazitätserweiterung habe de facto bereits stattgefunden und bestehe seit April 2016, obwohl eine Genehmigung nach dem BImSchG noch nicht absehbar ist. Im vergangenen Jahr wurde ein Verfahren zur Anordnung einer Teilstilllegung eingestellt. Nun wurden wir vom Umweltminister darüber unterrichtet, dass erneut die Anordnung einer Teilstilllegung der Anlage geprüft wird. Nach über einem Jahr nicht genehmigter Kapazitätserweiterung ist diese Prüfung noch immer nicht abgeschlossen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wird die Entscheidung über die Teilstilllegung noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2017 getroffen?